

SP-„Pensi“-Chef Blecher: „Die ÖVP will eine zweite und dritte Säule, weil sie die gesetzlichen Pensionen kürzt.“

Wendereformer Schlüssel: „Wir müssen das Drei-Säulen-Modell weiter ausbauen.“



WAHLKAMPF

Pensionisten an der Macht

Renten. Die „Sicherung der Pensionen“ hat in allen Wahlreden Priorität. Reformkonzepte werden jedoch von allen Parteien versteckt – kein Wunder, schmerzhafteste Schnitte ins System sind nämlich unvermeidlich.

Für den Herausforderer, Kanzlerkandidat Alfred Gusenbauer, SPÖ, rangiert das Thema – positiv formuliert – unter seinen „richtigen Prioritäten“ weit oben. Negativ formuliert, trommelt er es gerade in Plakat- und Inseratenkampagnen: „So nicht, Herr Dr. Schlüssel: Keine Aktienspekulationen mit unseren Pensionen!“

Der Titelverteidiger, Kanzler Wolfgang Schässel, ÖVP, kontert mit einem Bekenntnis zum Generationenvertrag: „Es wird weiterhin eine staatliche Pension geben, aber zusätzlich braucht es eine zweite und dritte Säule: die betriebliche und die private Vorsorge, die wir mustergültig aufbauen.“ Und beim Ministerrat am Nationalfeiertag beschloß das Wendekabinett – trotz aller Budgetnöte – noch in aller Eile eine Rentenerhöhung um zwei Prozent. Die Pensionskommission, die auch die nachhaltige Finanzierbarkeit zu berücksichtigen hat, hatte in ihrem Gutachten maximal 0,5 Prozent für gerechtfertigt erachtet.

GRÖSSTE WÄHLERGRUPPE. Die Schlacht um die zwei Millionen Pensionisten – immerhin jede dritte Stimme – ist voll entbrannt. Schließlich dürften es wohl die Senioren sein, so zumindest die vorherrschende Meinung unter den Politologen, die den Urnengang am 24. No-

vember letztlich entscheiden werden. Und deren Stimhverhalten weicht traditionell signifikant von dem der Gesamtbevölkerung ab. 1999 gaben sie der SPÖ 43 Prozent, der ÖVP 30, der FPÖ 24 und den Grünen ein Prozent ihrer Stimmen. Das Endergebnis lautete aber: 33:27:27:7.

Dementsprechend vorsichtig umgarnen die Parteien die ergrauten Wähler. „Sicherung und Ausbau der Pensionen“ (FPÖ) werden da garantiert, der „Inflationsausgleich“ soll gar „in der Verfassung verankert werden“ (FP-Sozialminister Herbert Haupt). Grünen-Chef Alexander Van der Bellen verspricht „einen ei-

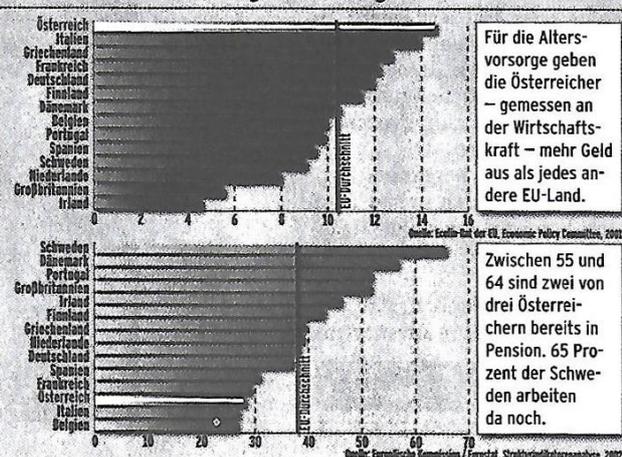
genständigen Pensionsanspruch für alle“. Schlüssel schließt „ein Bündnis für Österreichs Senioren“, und Gusenbauer bekennt sich pathetisch zur „gesetzlichen Pension“ als „solidarisches Fundament für einen gesicherten Lebensabend“.

WÄHLERTÄUSCHUNG. Egal ob Rot oder Grün, Schwarz oder Blau, alle schwindeln sich im Wahlkampf um die Antwort auf die entscheidende Frage herum: wie die Sicherung der Pensionen angesichts der demographischen Entwicklung nachhaltig finanziert werden soll.

Österreich hat eines der teuersten staatlichen Pensionssysteme der Welt. Derzeit verschlingt die Altersvorsorge ►

Pensionistenparadies: In Österreich gehen die Menschen früher in Pension als anderswo. Kein Wunder, daß die Altersvorsorge daher hierzulande in Summe auch viel kostspieliger ist.

Österreichs Altersvorsorge im EU-Vergleich



FP-Sozialexperte Haupt: „Die Wertsicherung der Pensionen in der Verfassung verankern.“



► rund 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – immerhin rund 28 Milliarden Euro –, 2030 werden es aber bereits 18,7 BIP-Prozentpunkte sein. Um die „eigenständige Finanzierbarkeit des Pensionssystems nachhaltig zu sichern“, müssten die „Pensionsversicherungsbeiträge um etwa 70 Prozent“ angehoben oder die Pensionen „um etwa 40 Prozent“ gesenkt werden, rechnen Experten von IHS, Universität St. Gallen und IMF in einer gemeinsamen Studie vor. Die gesetzlichen Verpflichtungen, die das österreichische Pensionssystem eingegangen ist, sind durch die Einnahmen bei weitem nicht gedeckt. „Die Pensionsversicherung ist nicht nachhaltig finanziert und bleibt ein Krisenherd der österreichischen Finanzpolitik“, so die Studienautoren.

Ein Faktum, das den Parteien durchaus bewußt ist. Nur drücken sie sich im Wahlkampf darum, die Konsequenzen daraus offen anzusprechen.

„Das Pensionssystem steht ohne Zweifel vor großen Herausforderungen: Die Menschen werden älter, der Anteil der älteren Bevölkerung steigt, gleichzeitig erwarten sich die Menschen gesicherte und, wenn möglich, auch steigende Pensionen“, stellt SP-Chef Gusenbauer zwar im Wahlprogramm fest. Seine Sanierungsideen – „wirtschaftliches Wachstum, höhere Wertschöpfung und mehr Beschäftigung“ – sind aber durchaus dürrig.

Die Grünen, die ihr Grundsicherungsmodell bereits 1999 präsentiert haben, verstecken es nun auf ihrer Internetseite so schlitzohrig, daß es nur unter sachkundiger Anleitung einer Klubreferentin auffindbar ist. Dabei würde es 300.000 bis 400.000 Menschen, die derzeit keinen Pensionsanspruch haben,

künftig ein gesetzliches Mindesteinkommen garantieren.

FPÖ-Sozialminister Herbert Haupt hat das Pensionsreformkonzept, das das Institut für Höhere Studien für ihn maßgeschneidert hat, vorerst – das heißt bis nach der Wahl – in der Schublade verschwinden lassen. Das Modell funktioniert zwar nach wie vor nach dem „staatlichen Umlagesystem“, bei dem die derzeitigen Aktiven die Pensionen der derzeitigen Ruhestandler zahlen, nur stellt es auf „individuelle Pensionskonten“ um. Die Pension berechnet sich – versicherungsmathematisch – danach, wieviel einer in das System eingezahlt hat. Die fiktiv angesparte und verzinste Summe wird einfach durch die statistische Restlebenserwartung beim Pensionsantritt geteilt; so errechnet sich die monatliche Rente.

WAFFENSTILLSTAND. Kurzum: Je länger man arbeitet, desto höher die Pension – je kürzer, desto geringer. Und zwar ohne politisch lästige Debatten über Zu- und Abschläge für jedes Jahr, das jemand vor oder nach dem Regelpensionsalter in den Ruhestand tritt. Revolutionäre Änderungen, tiefe Einschnitte im jetzigen System: zu harter Tobak, um sie in einem Wahlkampf zu diskutieren. Es reichte schon, als VP-

Staatssekretär Alfred Finz zur Diskussion stellte, die neue Regierung müsse das Frührentenalter noch einmal um eineinhalb Jahre auf 58 bzw. 63 anheben. Sofort ließ die Opposition über ihn her (Blecha: „neue Belastungen“; Öllinger: „Verunsicherung der alten Menschen“), piff ihn die eigene Partei („Irrtum, es ging nur um die Anhebung des faktischen Eintrittsalters“) zurück.

Seither, so scheint es, haben sich die Parteien in Sachen Pensionsreform auf einen inhaltlichen Waffenstillstand geeinigt. ÖVP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein spricht diesen sogar offen aus: „Eine permanente Pensionsreformdiskussion ist den Österreichern nicht zumutbar“, lehnte er eine Stellungnahme zum Vorschlag des Sozialexperten Bernd Marin, das gesetzliche Regelpensionsalter bei Männern von derzeit 65 auf 67 Jahre anzuheben, ab. Sein „prozeduraler“ Gegenvorschlag: „Das Thema Pensionsreform bedarf eines großen Grundkonsenses. Es sollte daher nach den Wahlen in einem Sozialpartner- und Allparteienkonsens erörtert werden.“

Die Reform ist unvermeidlich, nur wird sie wohl erst die neue Regierung ernsthaft zur Diskussion stellen.

– KLAUS GRUBELNIK

Finanzkolaps: Die demographische Pensionsschere geht immer weiter auseinander. Obwohl die Menschen länger leben, gehen sie früher in Pension – bis zur Unfinanzierbarkeit des Systems.

Die demographische Pensionsschere geht bis zur Unfinanzierbarkeit auf.

